



Dr. Carsten Brodesser | MdB **CDU**

Berlin Aktuell 08. KW | 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

der nun vorliegende Koalitionsvertrag macht deutlich, dass wir bereit sind, heute die nötigen Entscheidungen zu treffen, damit es unserem Land auch in Zukunft gut geht. Wir setzen dabei auf mehr Dynamik und wollen die Probleme lösen, die die Menschen in ihrem Alltag bewegen. Wir sind bereit für eine stabile Regierung und wollen den Bürgerinnen und Bürgern endlich Ergebnisse liefern, auf die sie seit der Bundestagswahl warten.

Mit der neuen Bund-Länder-Initiative „Leistung macht Schule“ fördern wir deutschlandweit 300 Schulen aus dem Primar- und Sekundarbereich, damit in deutschen Klassenzimmern keine jungen Talente mehr unentdeckt bleiben. Ich freue mich, dass auch zwei Grundschulen aus dem Oberbergischen Kreis Teil der Förderung sind: Die Grundschule Lindlar-Ost und die Grundschule Bergneustadt-Wiedenest. Die Initiative nimmt gezielt die schulischen Entwicklungsmöglichkeiten von leistungsstarken und potenziell besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern in den Blick – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder sozialem Status.

I. Die politische Lage in Deutschland

Wir sind bereit für eine stabile Regierung.

Wir haben als Union mit der Einigung auf einen Koalitionsvertrag gezeigt, dass wir bereit sind, unserem Land eine stabile Bundesregierung zu geben. Die CSU hat dem Koalitionsvertrag als erste der drei Koalitionsparteien durch ihren Vorstand bereits am 8. Februar 2018 zugestimmt. Die CDU wird über den Vertrag bei ihrem Bundesparteitag am nächsten Montag abstimmen. Zugleich sendet die CDU mit dem zu erwartenden Wechsel im Amt des Generalsekretärs ein Zeichen der Erneuerung. Es ist außergewöhnlich, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgeben will, um als Generalsekretärin der Partei zu dienen. Dies zeugt von großer Verantwortungsbereitschaft, die wir gerade in diesen unruhigen politischen Zeiten brauchen. Gleichzeitig gilt unser Dank unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Einsatz und sein Wirken in den letzten vier Jahren.

Wir stellen uns als Union gut auf und sind gut aufgestellt – das gilt auch inhaltlich. Der Koalitionsvertrag stellt eine gute Grundlage für die Zukunft unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger dar. Es ist uns gemeinsam, unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder der Fraktion, gelungen, wichtige Inhalte unseres Regierungsprogrammes im Koalitionsvertrag mit der SPD festzuschreiben.

Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere und die soziale Sicherheit ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ein starkes Europa – das ist unser Ansatz für die kommenden vier Jahre.

Es wird bei der „schwarzen Null“ bleiben – darauf werden wir als Unionsfraktion achten, **denn der Deutsche Bundestag beschließt den Bundeshaushalt und niemand anderes.** Zudem haben wir festgeschrieben, dass die Beteiligungsrechte des Bundestages und des Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Entscheidungen auf EU-Ebene gewahrt bleiben; das gilt nicht nur, aber insbesondere bei einer möglichen Weiterentwicklung der Eurozone oder des ESM.

Wir werden die Bürger entlasten und den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abschaffen. Dank der guten wirtschaftlichen Lage bleibt noch viel Spielraum für Investitionen in die Zukunft: Milliarden stellen wir für Familien und die Modernisierung der Schulen zu Verfügung. Gleichzeitig wird der Bund dabei helfen, dass Grundschulkinder den ganzen Tag verlässlich betreut werden. Wir fördern den Ausbau des schnellen Internets in ganz Deutschland und sorgen dafür, dass bereitstehendes Geld schneller in Straßen und Schienen, aber auch in Wohnraum und Datenautobahnen verbaut werden kann. Nicht nur Beschäftigte, sondern auch Familien, Rentner und Studenten können sich auf mehr Geld freuen – höheres Kindergeld, Grundrente, Mütterrente II und höheres BAföG sind hierfür die Stichworte.

Wir stärken die Wirtschaft mit einer umfassenden Fachkräftestrategie und weiteren Investitionen in Forschung, Entwicklung und künstliche Intelligenz. Wir investieren in den ländlichen Raum und bekennen uns klar zur Vielfalt in der Landwirtschaft. Schließlich konnten wir uns mit unserer Idee der Steuerung und Begrenzung der Migration durchsetzen: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen, wir sorgen aber dafür, dass Nicht-Verfolgte unser Land verlassen und somit die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird. Damit begegnen wir den Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Selbst wenn es bei den Verhandlungen den einen oder anderen schmerzlichen Kompromiss gab, sind wir mit dem Ergebnis bestmöglich unserer Verantwortung den Bürgern und dem Land gegenüber gerecht geworden.

EU braucht solide Finanzen nach dem Brexit

Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich vorwiegend dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) widmen. Die Staats- und Regierungschefs werden beim künftigen Finanzrahmen vor allem eine Aussprache über die politischen Prioritäten der EU ab 2021 führen und die Vorschläge der EU-Kommission vom 14. Februar 2018 beraten. Für uns ist klar: Die notwendigen Veränderungen durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs sollten wir als Chance begreifen, die EU-Finanzen an den aktuellen Herausforderungen Europas auszurichten. Zudem soll auch über die Möglichkeit transnationaler Listen bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Art und Weise gesprochen werden, wie führende EU-Positionen etwa mit möglichen Spitzenkandidaten zu den Europawahlen besetzt werden.

Wir sind stolz auf unsere Olympioniken

Die deutschen Athleten sind bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang (Südkorea) überaus erfolgreich. Sie haben bereits zahlreiche Gold-, Silber- und Bronzemedailles erstritten, aber auch viele gute Platzierungen kommen hinzu. Wir sind stolz auf unsere Olympiamannschaft. Die Sportlerinnen und Sportler repräsentieren unser Land in bester Weise. Sie stehen für Leistungsbereitschaft, Fairness und Weltoffenheit. Die Athleten sind wichtige Vorbilder insbesondere für unsere Jugend.

Wir wissen um die große Bedeutung des Sports für viele Menschen – vom Kind über die Berufstätigen bis hin zu den Senioren treiben viele Millionen regelmäßig Sport. Unsere Sportvereine leben vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder. Neben der Förderung des Breitensports durch Länder und Kommunen kommt der nationalen Spitzensportförderung eine wichtige Bedeutung zu.

Wir werden u. a. mit der beschlossenen Spitzensportreform die Athleten künftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken, um bestmögliche Trainingsbedingungen zu ermöglichen, eine bessere Absicherung zu erreichen und die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Spitzensport zu stärken.

Im Anschluss an die Olympischen Winterspiele finden vom 9. bis 18. März 2018 die Paralympischen Winterspiele statt. Auch unserem paralympischen Team wünschen wir viel Erfolg und faire Wettkämpfe in Pyeongchang.

II. Die Woche im Parlament

Vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten. Die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens bleibt von Instabilität, staatlicher Fragilität und Kampfhandlungen geprägt. Die akuten Krisen wirken sich in Form von Fluchtbewegungen und Terrorismus bis in unser Land unmittelbar aus. Die vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung der Region ist uns deshalb, aber auch aufgrund unserer historischen Verantwortung für den Staat Israel wichtig. Die akuteste Herausforderung der Region bleibt die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien, ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure. Parallel zu dieser vielschichtigen Gemengelage werden umfassende politische Lösungen der Krisenherde im Irak und Jemen sowie der Umgang mit dem Iran erörtert.

Bericht über die Auswirkungen der Regelungen zum Elterngeld Plus und zum Partnerschaftsbonus sowie zur Elternzeit. Der Bericht der Bundesregierung stellt die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Damit hat sich die Inanspruchnahme seit der Einführung zum 1. Juli 2015 verdoppelt. Die gewachsene Nachfrage spiegelt sich auch in der Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Prozent der Mütter und Väter das Elterngeld Plus als „gute Sache“ bezeichnen. Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.

*Herzliche Grüße!
Carsten Jochen*